**Bezugspreise:** für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:** Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4664

**Nr. 289.** Halle, Donnerstag, den 24. Juni 1920. **Einzelpreis 20 Pfg.**

## Fachmänner oder Köpfe?

Unter den agitatorischen Forderungen, mit denen die Oppositionsparteien im Wahlkampf arbeiteten, spielte der Schrei nach „Fachleuten auf den Ministersesseln" eine ganz besondere Rolle. Man schalt über den „Dilettantismus" der bisherigen Parteiminister und verlangte, daß nur Leute an die Spitze der Ressorts gesetzt werden dürften, die die grundsätzlichen und praktischen Fragen, die sie als Chefs ihrer Ministerien zu entscheiden hätten, wirklich beherrschten. Dies Begehren war so einleuchtend, daß es keiner weiteren Rechtfertigung zu bedürfen schien; es war so überzeugend, daß selbst die Regierungsparteien, gegen deren „Sünden" bei der Portefeuilleverteilung es sich richtete, ihm nicht offen zu widersprechen wagten. Im Prinzip gab es kaum eine Meinungsverschiedenheit; der Zwiespalt begann erst bei der Anwendung, bei der Frage, wer als Fachmann anzusehen sei.

Es ist klar, daß eine ganz enge Auslegung das parlamentarische Regime überhaupt unmöglich machen würde. Fachmann im vollständigen, technischen Sinne ist nur der, der in seinem Ressort „von der Pike auf" gedient und jedes Rädchen der Maschine genau kennen gelernt hat. Nur er kann über jede kleine Detailfrage, die ihm von seinen Räten vorgetragen wird, ein auf eigene Kenntnis und Erfahrung gegründetes, selbständiges Urteil abgeben. Ein Fachmann dieser Art war gewöhnlich — nicht immer — der Beamtenminister des alten Regimes. Er war ganz genau mit allem vertraut, was jeder seiner Geheimräte und Assessoren zu tun hatte, — denn er hatte es ja früher einmal selbst gemacht — und er war deshalb weniger „abhängig" von seinem Stabe als es ein parlamentarischer, überhaupt ein nicht aufgedienter, nicht in der Routine des Geschäfts altgewordener Minister je sein kann.

Diese bis ins Einzelne gehende Beherrschung des Apparates und des Ressortstoffes war in gewisser Hinsicht sicherlich ein Vorteil. Eine Notwendigkeit ist sie nicht; sonst müßten ja die Länder, die den Parlamentarismus schon einige Zeit besitzen, längst in Grund und Boden regiert sein. Es ist nicht nötig, daß der Minister alle Details seiner Verwaltung kennt und technisch beherrscht; und es ist sogar sehr schädlich, wenn er sich allzusehr um sie kümmert. Der Minister hat nicht Referentenarbeit zu leisten, sondern er hat zu leiten, erhat die große allgemeine Linie zu bestimmen, nach der sein Ressort geführt wird. Verliert er sich in Kleinkram, so geht diese Linie verloren und es wird gerade so ziellos von einem Tage zum anderen „weitergewurstelt", wie wenn er gar nichts verstünde und deshalb gezwungen wäre, seine Referenten ihre Sache so gut und so schlecht erledigen zu lassen, wie sie es eben können. Ein Ministerium mit einem Referenten an der Spitze hat einen Geheimrat mehr, ein Ministerium mit einem sachunkundigen Außenseiter im Cheikabinett hat einen Figuranten mehr; der Unterschied ist gar nicht so groß. Regieren kann keiner von beiden.

Nicht Fachleute im engen technischen Sinne brauchen wir, sondern Männer, die regieren können. Natürlich kann man nicht regieren, wenn man auf dem Gebiete, auf dem man führen soll, ein Ignorant ist. Aber auf der anderen Seite braucht man keineswegs von vornherein alle kleinen Details dieses Gebietes zu kennen. Man muß nur die großen Zusammenhänge so weit beherrschen, daß man jede Frage, die auftaucht, an der richtigen Stelle und unter dem richtigen Gesichtswinkel zu sehen vermag. Man braucht nicht alles zu wissen; man muß nur allgemeine Kenntnis, Blick und Intelligenz genug haben, um es, wenn es vorkommt, verstehen zu können. Und vor allem muß man Ideen haben, schöpferische Phantasie, die Fähigkeit, sich vorzustellen, wie die Dinge sein sollen und wie sie dazu gebracht werden können, so zu sein, wie sie sein sollen. Wir brauchen Köpfe, die regieren können.

### Die Frage der Regierungsbildung.

**WTB. Berlin, 23. Juni. Laut Abendblättern herrscht in parlamentarischen Kreisen die Meinung vor, daß die weiteren Verhandlungen Fehrenbachs Erfolg haben werden und daß doch noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte zustande kommt.**

**Der „Vorwärts" dementiert das Gerücht, daß Fehrenbach seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt habe. Fehrenbach sei durch Ernennung Reichskanzler geworden, er könne also nur demissionieren, das habe er nicht getan. Er sei vielmehr bestrebt, eine Regierung zu schaffen und verhandle weiter. Das allgemeine Bewußtsein, das schließlich, und zwar sehr bald eine Regierung zustande gebracht werden müßte, sei den Aussichten für die Verhandlungen förderlich.**

**WTB. Berlin, 23. Juni. (Drahtnachricht.) Die Verhandlungen des Reichskanzlers über die Bildung des Kabinetts haben heute ihren Fortgang genommen, ohne daß irgendeine Stockung vorgekommen ist. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in kürzester Zeit das Kabinett zum minden in den entscheidenden Ministerien besetzt sein wird. Ueber die wesentlichsten Fragen ist zwischen den an den Verhandlungen beteiligten Parteien Uebereinstimmung erzielt worden, besonders auch insofern, als die bisherigen demokratischen und Zentrumsminister in ihren Aemtern verbleiben. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes mit dem früheren Ministerialdirektor Simons hat allgemein Zustimmung gefunden. Infolge der endgültigen Absage des Geheimen Rats Wiedfeld wird bereits mit einer anderen bedeutenden Person des Wirtschaftslebens verhandelt. Der Abg. Becker-Hessen hat aus persönlichen Gründen, wie bereits gemeldet, die Uebernahme eines Ministeriums ablehnen müssen. Der Minister Stegerwald, der für ds Arbeitsministerium in Frage kam, wünscht, wie ebenfalls schon bekannt, sein preußisches Portefeuille zu behalten. Abg. Becker-Arnsberg hat gleichfalls aus persönlichen Gründen gebeten, von ihm Abstand zu nehmen.**

### Staatspräsident Dr. Hieber.

WTB. Stuttgart, 23. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der bisherige Kultusminister Abg. Dr. Hieber mit 52 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Der frühere Landtagspräsident Rechtsanwalt Dr. Kraut erhielt 27 Stimmen des Bauernbundes und der übrigen Parteien, die Unabhängigen enthielten sich der Abstimmung.

Stuttgart, 23. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) **Bei der Wahl des Staatspräsidenten in der heutigen Sitzung des württembergischen Landtages erhielt Dr. von Hieber 53, Herr v. Kraut 26 Stimmen, der Abgeordnete Liesching eine Stimme. Außerdem wurden drei weiße Zettel abgegeben. Die Unabhängigen beteiligten sich nicht an der Wahl und motivierten dies damit, daß sie einen Staatspräsidenten für überflüssig hielten, da diese Repräsentation eine schwache Verhüllung des monarchischen Gedankens darstelle und nur schädlich wirke. Für Dr. v. Hieber standen das Zentrum, die Deutschdemokraten, sowie die Deutsche Volkspartei geschlossen ein, für den Abg. v. Kraut die Bürgerpartei und der Bauernbund. Dr. v. Hieber dankte für das Vertrauen und erklärte sich zur Annahme der Wahl bereit. Seine nächste Aufgabe, so sagte er, sei es, das neue Ministerium zu bilden, damit der neue Landtag zusammentreten könne und die durch die Verfassung vorgeschriebenen Grundlagen für die Bildung des neuen Ministeriums geschaffen werden. Unter dem Beifall des Hauses sprach er dem bisherigen Staatspräsidenten Blos den Dank des Hauses und des württembergischen Volkes aus dafür, daß er bisher das Amt des Staatspräsidenten geführt habe trotz der Last seiner Jahre. Kammerpräsident Walter schloß sich dem Dank an den ehemaligen Staatspräsidenten an und brachte dem neugewählten Staatspräsidenten die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck. Dr. v. Hieber ist Führer der Demokratischen Partei Württembergs und als hervorragender Politiker bekannt. Er hat sich um das württembergische Volksschulwesen besondere Verdienste erworben, denen er auch seine Berufung an die Spitze des evangelischen Oberschulrats als Regierungsdirektor verdankt. Nach der Revolution wurde Dr. v. Hieber, der sich der Deutschdemokratischen Partei angeschlossen hatte, Kultusminister von Württemberg.**

### Polen und die Abstimmung in den Ostgebieten.

WTB. **Berlin**, 23. Juni. Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau ist vom polnischen Ministerium des Aeußeren auf Grund von Verhandlungen mit der interalliierten Kommission in Allenstein eine Erklärung übergeben worden, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll, in welcher es heißt: Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Stimmberechtigten der Abstimmungsgebiete Marienwerder und Allenstein in täglichen sieben Sonderzügen während des Zeitraums von 14 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern.

### Reichsgerichtsurteil gegen einen „Freiheits"-Redakteur.

**WTB. Leipzig**, 23. Juni. Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Redakteur der „Freiheit", Hans Mittwoch in Königsberg, der jetzt zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden ist, wegen versuchten Landesverrats nach Paragraph 92, 1 des Strafgesetzbuches, sowie wegen übler Nachrede in bezug auf den früheren Kriegsminister Noske und den Oberst Hesse und das Auswärtige Amt zu zwei Jahren Festungshaft unter Anrechnung von sechs Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Die Straftat ist begangen durch die am 22. Oktober 1919 durch den Angeklagten bewirkte Veröffentlichung eines Protokolls über eine angeblich am 3. Juni 1919 abgehaltene Sitzung im Auswärtigen Amt, das sich hinterher als eine plumpe Fälschung erwies, vom Angeklagten aber für echt gehalten worden war und dem Deutschen Reich großen Schaden hätte zufügen können.

### Ein Ultimatum der Hamburger Aerzte an die Krankenkassen.

**A. Hamburg**, 23. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die **hiesigen Kassenärzte hatten zur Prüfung ihrer Forderungen Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt. Der aus drei Aerzten, drei Vertretern der Krankenkassen und zwei unparteiischen Juristen bestehende Schiedsausschuß anerkannte die schwere Notlage der Kassenärzte und bewilligte eine Teuerungszuschlag von etwa 100 Prozent. Die Kassenärzte gingen auf den Vorschlag ein, während die Krankenkassen ihn ablehnten und nur etwa ein Drittel der Vorschläge bewilligen wollten. Die Aerzteorganisation hat nunmehr in anbetracht der schweren wirtschaftlichen Notlage der Kassenärzte, die fast noch zu Friedenspreisen arbeiten müssen, den Krankenkassen ein Ultimatum bis zum 28. Juni gestellt. Bleiben die Kassen bei ihrer Weigerung, so soll am 1. Juli 8 Uhr morgens der vertragslose Zustand erklärt werden.**

### Englisch-belgisches Abkommen über Deutsch-Ostafrika

WTB. Brüssel, 23. Juni. Nach einer Meldung der „Dernière Heure" ist zwischen England und Belgien ein Abkommen über Deutsch-Ostafrika geschlossen worden, das den belgischen Kolonien nach den Grundsätzen des freien Durchfuhrhandels unter Fortfall aller Zollschranken eine Verbindung mit dem Indischen Ozean durch Nutzbarmachung der zgroßen Eisenbahnlinie Dares-Salam-Kigoma mit Abzweigungen an beiden Enden und durch Errichtung von Freihäfen eröffnet.

### Das belgisch-französische Militärabkommen.

Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung, der einst als lockender Köder für die deutschen Ideologen leider so erfolgreich und für immer rücksichtsvoll wirkte, wird von der Entente nach Erreichung ihres Zieles immer rücksichtsloser beiseite geschoben. Deutschland zwar wird gründlich entwafnet, unsere Gegner dagegen können sich nicht genug tun, in dem Bestreben, ihre Kriegsrüstungen zu erweitern. Natürlich haben alle diese Rüstungen angeblich nur defensiven Charakter gegenüber dem maßlos gefürchteten Deutschland. Eine Behauptung, die umso mehr verblüffen muß, als man unsere Entwafnung schon so weit getrieben hat, daß wir kaum noch die Ruhe im Innern aufrecht zu erhalten vermögen. Auch das belgisch-französische Militärabkommen soll die beiden „bedauernswerten" Länder nur „gegen einen Angriff von Deutschland schützen" und wird zu diesem Zwecke gleich für 15 Jahre abgeschlossen. Erst nach Ablauf der Frist soll der eigenartige Völkerbund das Recht einer Einmischung zwischen den Vertragschließenden haben. Belgien verpflichtet sich, seine Streitkräfte auf genügend hohen Friedensstand zu halten, um gemeinsam mit Frankreich vorgehen zu können. England hat zwar noch nicht erklärt, ob es mit dem Abkommen einverstanden ist, Belgien selbst aber hat mit ihm seine Neutralität jedenfalls endgültig aufgegeben und ist gleichzeitig zu einem Anhängsel Frankreichs geworden, wenn schon ihm letzteres die Souveränität, auf dem Papier wenigstens, garantiert hat.

## Preußische Landesversammlung.

146. Sitzung. 23. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Der Abgeordnete Dr. Rosenfeld (U. S.) hat wegen seiner Wahl in den Reichstag sein Mandat niedergelegt. Zum Gedächtnis des verstorbenen Abg. Dr. Friedberg, der dem Preußenparlament 34 Jahre angehörte, erheben sich die Mitglieder von den Plätzen. Der Antrag Adolf Hoffmann (U. S.) auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Kilian (U. S.) und auf Haftentlassung geht an die Geschäftsordnung-Kommission über.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und Auflösung der Hausvermögen. Darnach sollen u. a. aufgehoben werden: das Recht eigner Gerichtsbarkeit, das Recht auf die Prädikate Königliche Hoheit, Durchlaucht usw. Ferner ist das in Preußen befindliche Hausvermögen von den beteiligten Familien bis zu einem bestimmten Termin aufzulösen.

Abg. Mehrno (U. S.) wendet sich dagegen, daß die Rechtsverhältnisse der Patronaten der Kirchen und Schulangelegenheiten usw. erst durch besondere Gesetze geregelt werden sollen, man sollte gleich jetzt ganze Arbeit tun.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung gegen einen Teil der Rechten angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. Die Besetzung in die Stellen der Abteilungsdirigenten und der Mitglieder einer Regierung und der dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten zugeordneten Verwaltungsbeamten werden mit einer Einschränkung von der Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst abhängig gemacht.

Nach längerer Aussprache wird der Entwurf an einen Ausschuß verwiesen.

Die Vorlage zur Bereitstellung von Mitteln zum Ausbau von Wasserkräften des Main und des Quellgebiets der Weser gehen an den Haushaltungsausschuß.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag, 2½ Uhr nachmittags. Nothaushalt.

### Lebensmittelunruhen in Württemberg.

**Augsburg, 23. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Lebensmittelunruhen in Württemberg halten an. In Ulm sind zu ihrer Bekämpfung Reichswehrtruppen herangezogen worden, die Artillerie und Maschinengewehre in Stellung gebracht haben. Auch die Einwohnerwehr wurde mobilisiert. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei die Demonstranten 5 Tote und 50 Verwundete einbüßten. Auf seiten der Sicherheitstruppen wurden 8 Schwerverletzte gezählt. Das Befinden des Oberbürgermeisters Dr. Schumberger, der von Aufrührern mißhandelt und durch Stockschläge auf den Kopf verletzt wurde, ist nicht besorgniserregend. Auch in Ravensburg haben die Demonstranten das Amtsgebäude gestürmt und ausgeplündert. Bei Zusammenstößen mit der numerisch geringen Polizei haben die Aufrührer 2 Tote und 20 Verwundete gehabt. Die Arbeiter der Motorbauwerke in Friedrichshafen sollen beschlossen haben, dem Proletariat von Ravensburg zu Hilfe zu kommen. Auch in Aalen ist es zu Zusammenstößen gekommen, im Verlauf deren es den Aufrührern gelang, sich des Waffendepots der Einwohnerwehr zu bemächtigen. Verhandlungen mit den Aufrührern über eine friedliche Abgabe der Waffen sind**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200624019/fragment/page=0001

im Gange. In Bayern befürchtet man ein Ueberareifen der Unruhewelle in die bayerischen Industriestädte, in denen in den letzten Tagen wiederholt Demonstrationen gegen die Erhöhung der Fleischpreise stattfanden. In Augsburg sind bereits weitgehende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

## Deutsches Reich.

**Eine neue deutsch-demokratische Zeitung.** Um aus der Pressenot herauszukommen, gibt die Deutsche Demokratische Partei in Augsburg und Schwaben vom 1. Juli ab eine eigene Tageszeitung mit dem Titel „Schwäbisches Tagblatt" heraus. Das Blatt, das Generalsekretär Schrepfer leitet, wird ein Organ des freiheitlichen Bürgertums aller Schichten in Stadt und Land werden.

**Die Gewerkvereine über das Wahlergebnis.** Vier Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben in der Nationalversammlung in den Reihen der Demokraten gesessen: Nur zwei sind in den Reichstag zurückgekehrt: Ziegler und Erkelenz. Gustav Hartmann und Gleichauf sind leider unterlegen. Der „Gewerkverein", das Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.), knüpft an diesen Wahlausfall folgende Mahnung: „Wir als Gewerkvereiner sollten aus dem Wahlausfall die Lehre ziehen, daß wir dafür zu sorgen haben, daß mehr als bisher Führer unserer Organisation im Parlament sitzen. Die Vorbedingungen dazu müssen gleich jetzt geschaffen werden. Die politische Betätigung — natürlich außerhalb unserer Ortsvereine — die uns durch mehrfache Verbandsbeschlüsse dringend ans Herz gelegt wird, erledigt sich nicht mit der Abgabe eines Stimmzettels bei den Wahlen. Nein, in den politischen Organisationen denen sich unsere Kollegen und Kolleginnen auf Grund ihrer Ueberzeugungen angeschlossen haben, müssen sie Einfluß zu gewinnen und durchzusetzen versuchen in der Richtung, daß bei den nächsten Wahlen mehr Führer aus unseren Reihen an eine aussichtsreiche Stelle kommen und in den Reichstag gewählt werden. Dazu bedarf es natürlich eifriger und oft schwieriger Aufklärungsarbeit. Damit darf aber nicht gewartet werden, bis wieder neue Wahlen vor der Tür stehen, sondern damit muß sofort begonnen werden. Wir dürfen verlangen, daß unsere Organisation auch im Parlament vernehmlich gehört wird. Dann aber müssen wir auch zu unserem Teil zur Erfüllung dieser berechtigten Forderung beitragen. Also gleich jetzt frisch auf zur Tat! Dann wird der Verlust, den uns Gewerkvereinern diese Wahl gebracht hat, bald wieder ausgeglichen sein."

**Bei den Unruhen in Ulm** am Dienstag, wurden soweit bis jetzt feststeht, acht Polizeiwehrleute zum Teil erheblich verletzt. Auf seiten der Demonstranten gab es fünf Tote. Aus Ravensburg werden insgesamt zwei Tote und 20 Verwundete gemeldet.

## Ausland.

### Die nordschleswigsche Frage.

**WTB. Kopenhagen,** 23. Juni. Nach den gestrigen Mitteilungen des Ministers des Aeußern im nordschleswigschen Ausschuß des Reichstages ergibt der Botschaftsratsbeschluß vom 20. d. Mts., daß die Uebertragung der Souveränität in Nordschleswig an Dänemark nicht von dem Inkrafttreten des dreiseitigen Vertrages zwischen Deutschland, Dänemark und den Alliierten abhängt. Die alliierten Mächte erklären, daß sie diesen Vertrag baldmöglichst zur Unterschrift vorlegen werden.

### Der Boykott gegen Ungarn.

**WTB. Wien,** 23. Juni. Im Zusammenhang mit dem Boykott gegen Ungarn ist auch der Personenverkehr nach Ungarn auf der Südbahnstrecke mit dem gestrigen Tage eingestellt worden. Der Güterverkehr der Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft ruht seit zwei Tagen. — Die Zeitungen melden den Anschluß des Reichsverbandes der Bankbeamten an die Boykottbewegung.

### Regierungskrise in Ungarn.

**WTB. Budapest,** 23. Juni. Wie dem Ungar. Telgr. Korr.-Büro von der christlich-nationalen Vereinigung mitgeteilt wurde, wird die Regierung am Sonntag oder Montag zurücktreten, um dem Reichsverweser und der Nationalversammlung Gelegenheit zu geben, eine der gegenwärtigen politischen Konstellationen entsprechende Regierung zu bilden.

**WTB. Budapest,** 23. Juni. Ung. Korr.-Büro. Der von den sozialistischen Gewerkschaften des Auslandes ins Werk gesetzte Boykott gegen Ungarn macht sich nur in äußerst geringem Maße fühlbar. Gegen Oesterreich hat seit Sonnabend um Mitternacht von ungarischer Seite der schärfste Gegenboykott eingesetzt. Der Güterzugs- und Schiffsverkehr nach der Tschecho-Slowakei, Rumänien und Südslawien dauert ungestört fort. Der Post- und Telegrammverkehr nach Oesterreich hat Einschränkungen erlitten. Der Telegrammverkehr nach Deutschland geht vorläufig ungehindert über Prag. Ebenso ist der telegraphische Verkehr mit der Schweiz auf Umwegen gesichert. Der Radiogrammverkehr besteht auch mit Oesterreich.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Simony, daß der Handelsminister ermächtigt worden sei, die Annahme und Beförderung von Waren durch Eisenbahn oder Schiff nach all den Ländern einstellen zu lassen, wo die Annahme und Weiterbeförderung nach Ungarn eingestellt ist. Die Gerüchte, nach denen ein französisches Konsortium eine Option auf die ungarischen Staatsbahnen erhalten habe, seien unbegründet. Die Verhandlungen darüber befinden sich in allerersten Anfangsstadium.

### Die Kabinettsbildung in Polen gescheitert.

**WTB. Warschau,** 23. Juni. Nach zweitägiger Beratung mit dem Zentrum und den Linksparteien, die das neue Kabinett bilden sollen, hat der Abgeordnete Witos gestern abend die Unmöglichkeit festgestellt, eine positive Regierung zu erzielen und seinen Auftrag in die Hände des Staatschefs zurückgelegt.

### Der Ententekampf gegen die türkischen Nationalisten.

**WTB. London,** 23. Juni. Reuter. Nach einer Blättermeldung aus Boulogne hat Lloyd George mitgeteilt, daß die griechische Hilfe für die Alliierten sich auf eine Division beschränke, welche die britischen Interessen in der Gegend von Ismid bei Konstantinopel verteidigen werde.

## Halle und Umgegend.

Halle den 24. Juni 1920.

### Bergarbeiter, Kohlenförderung und Kohlenpreis.

Am 29. Mai d. Js. ist in der „Freiheit" unter der Ueberschrift: „Muß die Kohle so teuer sein?" ein Artikel von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes, Berlin-Schöneberg, und Mitglied der Sozialisierungskommission, erschienen. Darin wird, von der Behauptung ausgehend, daß der Arbeitslohn im Ruhrbezirk für die Tonne 60 Mk. betrage, der Schluß gezogen, der Unternehmergewinn belaufe sich pro Tonne auf mindestens 50 Mk. Der Artikel ist auch in andere Zeitungen übergegangen und hat besonders in Bergarbeiterkreisen große Beunruhigung hervorgerufen. Es verdient nun ganz besondere Beachtung, daß der bekannte sozialdemokratische Arbeiterführer Heinrich Löffler, Vorstandsmitglied des Reichskohlenverbandes und Mitglied des Reichskohlenrates, unter der obenstehenden Bezeichnung der Presse einen Artikel hat zugehen lassen, der sich in seinem zweiten Teil mit dem Kuczynskischen Artikel auseinandersetzt. Wegen der großen Bedeutung, welche heute die Kohlenpreise für jeden einzelnen einnehmen, dürften die Ausführungen Löfflers für unsere Leser von größtem Interesse sein. Wir lassen sie deshalb nachstehend folgen:

„Die Kohle ist der Urstoff unserer Wirtschaft. Verminderte Förderung oder Verteuerung dieses Urstoffes wird allgemein unangenehm empfunden. Die vielen Kritiken, sachverständige und nicht sachverständige, sind der Ausdruck dieses Empfindens. In einem aber gibt es keine Meinungsverschiedenheit, nämlich darin, daß die Kohlenproduktion zur Kräftigung und Gesundung unserer Wirtschaftslebens gesteigert werden muß. Das haben auch die Bergarbeiter voll erkannt. Diese Erkenntnis hat bei ihnen nicht nur theoretische, sondern auch praktische Anwendung gefunden. Seit Mitte Februar 1920 wird im rheinisch-westfälischen Bergwerksbezirk allwöchentlich und ausnahmslos eine volle Ueberschicht zur Hebung der Kohlenförderung verfahren. Eine Tat die sehr hoch geschätzt werden muß, weil sie von großer Einsicht zeugt.

Man muß sich vergegenwärtigen, wie dieser Entschluß kam. Seit März 1919 wurde im rheinisch-westfälischen Bergwerksbezirk eine leidenschaftliche Agitation für die Durchführung der Sechsstundenschicht geführt. Wiederholt kam es hierbei zu Streiks, denen die großen Arbeiterorganisationen ihre Unterstützung nicht liehen, denn eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden würde die Kohlennot bis zum Zusammenbruch gesteigert haben, was zu verhindern die Bergarbeiterorganisationen als ihre Pflicht anerkannt hatten. Die Gewerkschaftsführer, die sich dem Zug, der durch die radikalisierten Arbeitermassen ging, widersetzten, haben sich große Verdienste um unsere Volkswirtschaft erworben. Ihnen war das Allgemeinwohl höchstes Gebot. Schließlich herief die Reichsregierung einen Ausschuß, bestehend aus Bergarbeitern, Bergwerksvertretern und Wissenschaftern, um die Streitfrage zu einem gewissen Abschluß zu bringen. Trotz langer und schwieriger Verhandlungen kam man in diesem Gremium nicht zu einem einheitlichen Gutachten. Die Arbeitervertreter sämtlich praktische Bergarbeiter, glaubten im Interesse ihrer Berufsgenossen die Forderung der Sechsstundenschicht nicht fallen lassen zu dürfen. Darum stand, als die Beratungen abgeschlossen wurden, die Situation kritisch, denn es mußte unter diesen Umständen mit einem neuen Bergarbeiterstreik ab 1. Februar 1920 gerechnet werden, weil die Verfechter der radikalen Tonart dafür eintraten, sich die Sechsstundenschicht mit allen Machtmitteln zu erzwingen. Nun berief der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, die einflußreichste Organisation, auf Ende Januar 1920 seine Generalversammlung. Hier wurde nach tagelanger Debatte und in namentlicher Delegiertenabstimmung mit 182 gegen 34 Stimmen ein Streik für die sofortige Sechsstundenschicht abgelehnt. Auch der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, die zweitstärkste Vereinigung der Bergarbeiter, hielt zur gleichen Zeit eine Tagung ab, in der sinngemäß dasselbe beschlossen wurde. Nach diesen Beschlüssen getrauten sich die radikalen Verfechter der Sechsstundenschicht nicht zu einem Streik aufzurufen. Das Unheil war durch tatkräftiges Handeln der großen Organisationen von unserem Volke abgewandt.

Ja noch mehr. Mitte Februar kamen die verantwortlichen Vertreter der Arbeiterorganisationen mit den Bergwerksvertretern unter der Leitung der Reichsregierung zusammen und vereinbarten, daß die Arbeiter ansuhalten sind, allwöchentlich eine volle Ueberschicht zur Linderung der Kohlennot zu verfahren. Diese Vereinbarung wurde nur kurze Zeit durch den Kapp-Putsch unterbrochen, sonst aber getreu durchgeführt. Diese Tat ist sehr hoch zu werten, denn sie trägt wesentlich zur Steigerung der Kohlenproduktion und somit zur Wiedererstarkung unserer Wirtschaft bei. Die durchschnittliche tägliche Förderungssteigerung, die auf das Konto dieser Ueberschicht je Woche zu buchen ist, kann auf mindestens 25 000 To. berechnet werden, wodurch sich die Tagesförderung im Ruhrbergbau, ohne linksrheinische Zechen, auf 290 000 Tonnen beziffert. Eine Besserung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Nun zum Kohlenpreis! Es muß zugegeben werden, daß die minderbemittelten Volksschichten die Kosten für das geringere Quantum Hausbrand, das ihnen auf Grund der Rationierung zusteht, als schwere und nicht mehr zu steigernde Belastung empfinden müssen. Auch die Besserung unserer Valuta gebietet in der Preisentwicklung nach oben halt, denn sonst kommt unsere Exportindustrie auf dem Weltmarkt in die größte Bedrängnis, weil sie infolge der hohen Selbstkosten ihre Erzeugnisse nicht mehr absetzen könnte und zum Erliegen kommen müßte. Auch aus Gründen der Verbilligung aller Bedarfsgegenstände im eigenen Land sind, wenn nur eben möglich, weitere Kohlenpreiserhöhungen zu vermeiden. Aber die in den letzten Monaten schnell aufeinander folgenden Preiserhöhungen waren bedingt durch dringend notwendige Lohn- und Gehaltsaufbesserungen für Arbeiter und Beamte und durch nicht vorauszusehende, sprunghaft einsetzende Materialpreissteigerungen. Es ist ausgeschlossen, daß auf Grund der jetzt geltenden allerdings hohen Kohlenpreise solche Unternehmergewinne erzielt werden, wie sie beispielsweise Herr Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg und stürgerliches Mitglied der Sozialisierungskommission, in einem Artikel: „Muß die Kohle so teuer sein?" für den Rheinisch-Westfälischen Bergbau errechnete. Herr Dr. Kuczynski schreibt unter anderen:

## Die Künstlerräte in Deutschland.

Von

**Hermann Lange.**

(Nachdruck verboten.)

Nicht nur als Kulturfaktor, sondern auch als Glied der Volkswirtschaft hat der Künstler zu allen Zeiten eine Zurücksetzung erfahren, die nahezu beispiellos ist. Die fortschreitende Zeit mit ihrer sozialern Denkungsart brachte keine Besserung, eher eine Verschlechterung der Lage. Die mehr oder minder straffen (oft nur falschem Künstlerdünkel schmeichelnden) Berufsorganisationen vermochten keine Abhilfe zu schaffen, da sie den Hebel stets nur an einer Stelle ansetzten und allenfalls Teilerfolge errangen. Der Fehler lag in dem Mangel einer festen wirtschaftlichen Grundlage der Künstlerexistenz. Der Künstler arbeitet nun einmal, volkswirtschaftlich gesprochen, system- und rechenschaftslos, und das ist gut so für ihn, weniger freilich für seine Kasse. Darum galt und gilt er oft heute noch selbst und den Massen als ein wirtschaftlich Ausgestoßener und Verlorener, den zu retten und stützen alle Mittel versagen müßten. In der Tat schienen hier diejenigen, die in hysterischer Schwäche die vermeintliche Unabänderlichkeit des Schicksals bis auf die alltäglichsten Fragen ausdehnen, recht behalten zu sollen.

Erst in jüngster Zeit haben die Künstler durch Schaffung von Künstlerräten einen Ausweg aus ihrer bisherigen Hilflosigkeit gefunden. Im Gegensatz zu den Berufsorganisationen vereinigt der Künstlerrat Vertreter aller Kunstzweige in seinen Reihen. Neben der Förderung der Kunst überhaupt ist sein Ziel die wirtschaftliche Hebung des Standes, den er vertritt. Den vornehmsten Weg hierzu bilden die Künstlernotstandsarbeiten, die eine Hauptforderung der Künstlerräte sind. In der Tat sind denn auch von mehreren deutschen Städten ansehnliche Beträge für solche Notstandsarbeiten bewilligt worden. Diese Art der Hilfe hat zweifellos eine viel größere Aufgabe als das zu sein, was billige Menschlichkeit für den leidenden Künstlerstand notwendig macht — sie sind ein kunstfördernd es Moment von ungeheurer Bedeutung, sofern das aus den Künstlernotstandsarbeiten hervorgehende Wettbewerbswesen nach der Größe der Aufgabe entsprechenden Grundsätzen gehandhabt wird. Zum ersten Mal werden wieder Mittel für künstlerische Projekte flüssig, die der Krieg, der nihilistischste aller Kritiker, für immer erledigt zu haben schien. Die Folge davon ist ein Emporblühen vor allem der bildenden Kunst in den von den Künstlerräten bearbeiteten Städten, ein Emporblühen, das künftigen Geschlechtern Zeugnis geben wird, wie unsere heutige Zeit eine dem Geiste doch nicht ganz verlorene war.

Ein anderes Ziel der Künstlerräte ist tätiger Anteil an der Gesetzgebung. Das Zustandekommen des Luxussteuergesetzes beweist am deutlichsten, wie weit sachlich Harmlose imstande sind, eine solche Entscheidung für das Kulturleben der Nation zu treffen, wie diese Geißel des Künstlerstandes sie darstellt. Erlegt doch das Luxussteuergesetz dem bildenden Künstler eine Steuer von 15 Prozent des Umsatzes auf, während der rein handwerkliche oder industrielle — von der Umsatzsteuer betroffene — Erzeuger nur eine Abgabe von 1,5 Prozent (also den zehnten Teil) aufzubringen hat. Die Proteste der Künstler Berlins, Münchens und Halles an die Nationalversammlung bekundeten zwar nachdrücklich den Unwillen ihrer Urheber, kamen aber zu spät.

Es ist für den örtlichen Künstlerrat natürlich unmöglich, in Fragen der Gesetzgebung auch nur beratend oder vorschlagend eingreifen zu können. Die Grundbedingung für diese Möglichkeit wäre die Schaffung eines Reichskünstlerrates. Von vielen Künstlerräten, so von dem der Stadt Halle, der den übrigen schon seit Monaten mit neuen Gesichtspunkten vorangeht, wird wegen einer solchen Gründung bereits Fühlung untereinander gesucht. Der erste Schritt auf dem Wege zum Reichskünstlerrat dürfte schon in der Beschickung des Berliner Künstlerkongresses durch die meisten Künstlerräte Deutschlands zu erblicken sein.

Eine andere Aufgabe der Künstlerräte besteht neben der Veranstaltung aller Kunstrichtungen umfassender Ausstellungen noch in der Regelung des Vortragswesens der einzelnen Städte, in denen bisher das Zusammenfallen von vier, fünf Vorträgen und anderen Darbietungen an einem Abend möglich war, während für den Rest der Woche Kino und Brettl die einzige geistige Nahrung liefern durften. Selbstverständlich bedeutet diese „Regelung" nicht Bevormundung oder gar Monopolisierung des geistigen Lebens, sondern seine Befreiung von den Lasten und Beschwernissen, die der einzelne Künstler allein nicht wegzuräumen vermag.

Bisher war es dem Künstler allenfalls noch möglich, wirtschaftliche Erfolge zu erringen, wenn er sich einer politischen Partei anschloß. Es ist klar, daß er in einer solchen Partei aber nicht nur Mitläufer sein konnte, sondern, um an sein Ziel zu gelangen, mitten durch die Parteipolitik hindurch mußte. Irgendwelche Förderung konnte dem Künstler ein solcher Weg nicht bedeuten. Auch hierin hat die Schaffung von Künstlerräten grundlegenden Wandel gebracht. Die Künstlerratsbestrebungen verfolgen die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Künstler ohne den Umweg und das Behelfsmittel der Politik. Mir will es scheinen, als sei der Künstlerrat der erste gelungene Versuch, den Rätegedanken, d. h. die Idee eines unpolitischen Wirtschaftsrates, in die Tat umzusetzen. Letzten Endes ist Politik nichts anderes als die Methode, die Fragen ökonomischer und sozialer Natur ihrer Lösung zuzutreiben oder — dien Lösung zu verschleppen. Wenn das Ziel nahe ist, wird der Weg entbehrlich. Die Künstlerräte, so fern sie dem Ziele auch zu sein scheinen, sind schon durch die Tatsache ihrer Gründung allein dem Endpunkt so nahe, daß sie des Mittels der Politik entraten und auf geradem Wege der Lösung des Fraglichen und der Tatwerdung des Notwendigen zusteuern können. So ist der Künstlerrat nichts anderes als ein reines Wirtschaftsparlament für den Künstlerstand, den er, wenn er als solcher nicht vorhanden ist, schaffen will.

Man wird sich wundern, daß der Künstlerrat hier bauernd nur als wirtschaftliche Standesvertretung erwähnt wird, während die künstlerische Seite kaum Würdigung findet. Der Künstlerrat läßt die künstlerischen Fragen, soweit sie mit wirtschaftlichen nicht innig verbunden sind, bewußt unerörtert, weil alle Erfahrungen seit den Anfängen unserer Entwicklung bewiesen haben, daß in künstlerischen Dingen, wie schließlich in allen geistigen, Zusammenarbeit nur Hemmung bedeutet. Die künstlerische Arbeit ist die Aufgabe des Einzelnen; durch einen Zusammenschluß könnte ihr Aufblühen nicht beschert sein, denn sie ist das Resultat innerer Kraft und Reinheit. Der Erfolg wirtschaftlicher Arbeit aber hängt letzten Endes von der Beantwortung der Machtfrage ab, und darum muß sie auch die Aufgabe und die Pflicht des gesamten Standes sein. Dieses Bewußtsein wird auch mehr und mehr zum Glauben an eine neue Zukunft, an eine Zukunft, in der eine kleinere oder größere Dosis Genialität nicht mehr immun macht gegen den so gefürchteten Bazillus wirtschaftlicher Standesinteressiertheit. Denn die — gewerkschaftliche oder rätewirtschaftliche — Organisation selbst ist keine Gefahr; nur der schwache, unpersönliche, unkünstlerische Geist wird ihr und sich zum Fährnis. Die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele wird darum auch immer Aufgabe des Künlerrates sein; die Beseelung und Weihe der Arbeit mit dem den kommenden Jahrhunderten verantwortlichen Geiste dagegen ist die Sendung des Künstlers selbst. Von ihm hängt letzen Endes doch der Erfolg jeglicher Arbeit für das Morgen und seine Folge ab.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200624019/fragment/page=0002

„Heute beträgt der Arbeitslohn für die Tonne etwa 66 Mk.; die sonstigen Selbstkosten, in denen auch die Schuldzinsen und zahlreiche andere Posten stecken, die gar nicht oder wenig gestiegen sind, machen höchstens 60 Mk. aus, so daß der Unternehmergewinn pro Tonne mindestens 39 Mk. beträgt."

Es ist nicht zu ersehen, auf Grund welchen Materials Herr Dr. Kuczynski zu diesem Ergebnis kommt. Nachweisbar ist aber seine Unrichtigkeit. Leider liegen über Förderung und Absatz je Mann und Schicht nur erst die Zahlen für Januar 1920 abgeschlossen vor. Der Förderungs- und Absatzeffekt ist inzwischen wohl nicht gestiegen, so daß die Januarzahlen unbedenklich angewandt werden können. Die Leistung je Mann und Schicht betrug im Januar 0,621 Tonnen und der Absatz 0,506 To. Die Differenz von 0,115 wurde im Zechenselbstverbrauch — wozu nur jene Mengen gerechnet werden dürfen, die zur Betriebsfähigkeit der Zechen, nicht aber der Nebenanlagen nötig sind — und durch die Abgabe von Deputatkohle an Arbeiter und Beamte aufgezehrt. Nur für die abgesetzte oder verkaufte Menge kann auf den Zechen ein Erlös gebucht werden. Das wird oft übersehen. Herr Dr. Kuczynski gibt in seinem Artikel den Preis mit 165 Mk. je Tonne ausschließlich Kohlensteuer usw. an. Bleibt mir dabei. Um eine Tonne Absatz, also einen Wert von 165 Mk. zu erzielen, muß der Bergmann, unter Zugrundelegung der Januarzahlen, fast volle 2 Schichten verfahren und auch natürlich bezahlt bekommen. Wie ist nun im rheinisch-westfälischen Bergbau der Lohn? Nach dem Reichsarbeitsblatt Nr. 4 vom 30. April 1920 betrug der Durchschnittslohn im 4. Vierteljahr 1919 nach Abzug aller Arbeitskosten und Versicherungsbeiträge 22,49 Mk. je Schicht. Ab 1. Febr. 1920 wurde eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 11,09 Mk. und am 1. April eine solche von 6 Mk. gewährt. Ferner muß die volle Ueberschicht, die allwöchentlich im Ruhrbergbau verfahren wird, mit im Durchschnitt 85 Prozent Lohnzuschlag entschädigt werden, wozu eine weitere Lohnbelastung von 4,85 Mk. je Schicht entsteht. In der amtlichen Lohnstatistik wird nur der Reinlohn nach Abzug der Arbeitskosten und Versicherungsbeiträge geführt. Diese müssen aber hier in Anrechnung gebracht werden. Wir wollen sie niedrig und nur mit 1,50 Mk. je Schicht einstellen. Demnach betragen die gesamten Lohnkosten — ausschließlich der 3 Mk. Lohnaufbesserung je Tonne ab 1. Juni 1920 — pro Mann und Schicht 45,93 Mark. Um nun eine Tonne Absatz oder 165 Mark Einnahme zu erzielen, müssen 2 Schichten verfahren werden, wofür, nur gering gerechnet, 91,86 Mark Lohnkosten entstehen, also 25,86 Mark mehr wie Herr Dr. Kuczynski anzugeben beliebte.

Herr Dr. Kuczynski berechnete die sonstigen Selbstkosten auf höchstens 60 Mk. je Tonne. Ob diese Angabe einer genauen Prüfung standhält, soll hier nicht weiter untersucht werden. Es wird Aufgabe des Reichskohlenverbandes sein, diese Angelegenheit durchsichtig zu machen.

Die Preispolitik der letzten Monate wird verantwortlich getragen von Reichskohlenverband und in letzter Instanz vom Reichswirtschaftsministerium. Diese beiden Stellen sind an den Bewinnergebnissen unterinteressiert. Sie haben die Preiserhöhungen der Syndikate ernsthaft nachgeprüft, hierbei recht oft Abstriche vorgenommen und dann nach bestem Wissen und Gewissen entschieden."

## Statistisches aus Halle.

Der neueste Monatsbericht, den jetzt unser städtisches statistisches Amt über den Februar herausgegeben hat, bringt auch wertvolle Angaben über den Grundbesitzwechsel. Danach gingen im Februar durch Kauf 36 Wohnhäuser und fünf Geschäftshäuser, durch Erbgang 4 Wohnhäuser in andere Hände über. Der Gesamtwert dieser Grundstücke stellt sich auf 5 266 670 Mk. Im Februar des Vorjahres war die Zahl der Grundstücke, die ihren Besitzer wechselten, um ein Drittel höher, aber der Wert wenig mehr als die Hälfte. Während im Februar dieses Jahres jene 46 Grundstücke über 5 Millionen Mark erbrachten, stellte der Umsatz im Februar des Vorjahres mit 60 Grundstücken nur einen Wert von 3 543 185 Mark dar. Baulähe wurden gar nicht verkauft, und ebenso wenig wurden im Februar dieses Jahres Bauten begonnen. Auch vollendet wurden keine Bauten. Diese Angaben zeigen so recht den Stillstand unseres Baugewerbes.

Was den Wohnungsnachweis des städtischen Wohnungsamtes anlangt, so betrug die Wohnungsnachfrage im Monat Februar 814, das Wohnungsangebot 173, also überstieg die Nachfrage das Angebot um 641. Beim Wohnungswechsel wurde in 156 Fällen eine Mietssteigerung vorgenommen.

Ein trauriges Bild gibt die Statistik über die Schlachtungen auf dem städtischen Schlachthof. Während im Februar des Vorjahres die Zahl der Schlachtungen noch 2024 betrug, sank sie in diesem Februar auf 810. Es wurden geschlachtet 157 Ochsen, 282 Kühe, 58 Kälber, 14 Schafe, 161 Schweine und 138 Pferde. Den stärksten Rückgang weisen die Schlachtungen der Schafe gegen das Vorjahr auf. Sie verminderten sich in diesem Februar gegen den Vergleichsmonat des Vorjahres von 202 auf 14. Nächst den Schafen zeigten die Pferde den erheblichsten Rückgang der Schlachtungen, im Februar des Vorjahres 529, in diesem Jahre im Februar 138 Schlachtungen.

# Provinzial-Nachrichten.

## Die Landtagswahlen in Thüringen.

W. Weimar, 23. Juni. Das amtliche Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen kann erst nächsten Mittwoch, also in acht Tagen, bekanntgegeben werden. Bis jetzt sind folgende Zahlen bekannt: Deutschnationale 45 122 Stimmen (3—4 Sitze), Deutsche Volkspartei 104 077 (8 Sitze), Demokraten 58 142 (4—6 Sitze), Sozialdemokraten 132 784 (11 Sitze), Unabhängige 182 865 (15 Sitze), Thüringer Landbund 134 487 (11 Sitze), Kommunisten 8434 (keinen Sitz). Es stehen noch 12 bis 15 kleinere Orte aus, die aber am Ergebnis nichts Wesentliches ändern.

* Plauen i. V., 22. Juni. (Frechheit.) Bei einer alleinstehenden Frau in Plauen hatte mehrere Wochen hindurch ein angeblicher Max Röhlertin, Vertreter von Motorrädern, aus Mainz gewohnt, der in Abwesenheit der auf Arbeit gehenden Frau deren gesamte Wohnungseinrichtung in einer Zeitungsanzeige zum Verkaufe anbot und auch für 13 000 Mark an einen Zwickauer Einwohner, der sich gemeldet hatte, zu verkaufen suchte. Durch das rechtzeitige Hinzukommen der Frau wurde jedoch das Vorhaben des angeblichen Röhlertin vereitelt, und so konnte die Frau ihre Wohnungseinrichtung, die schon zusammengepackt war, retten. Der Täter hatte noch rechtzeitig unter Mitnahme von Kleidungsstücken im Gesamtwerte von 3160 Mark, die Eigentum der Wohnungsinhaberin waren, die Flucht ergriffen.

() Salzungen, 23. Juni. (Eine gut organisierte Diebesbande), die lange Zeit in Salzungen Bahnsendungen raubte, wurde von der Strafkammer Meiningen abgeurteilt. Die Diebstähle erfolgten vom September 1919 bis März 1920. Große Mengen sind mit der Zeit verschwunden und von den Angeklagten verbraucht und verkauft worden. Die Hauptschuld wird dem Speditionsarbeiter Otto Hutmann, der damals bei dem Spediteur Hebstreit in Salzungen Einkassierer war, und dem Gastwirt Georg Reuter zur Last gelegt. Es wurden gestohlen: Bohnenkaffee, Soda (alles kisten- und säckeweise), Pfeffer, Cakes, Zitronen, Seife, Zigaretten, Zuckerwaren, Schokolade, Zigarren, Wein, Kognak, Schnaps, ganze Ballen Stoffe u. v. m. Die Frachtbriefe wurden von Hutmann vernichtet, so daß der Spediteur Hebstreit der Hauptgeschädigte ist. Auch die Bahn hat große Verluste zu tragen gehabt. Reuter erhielt 1 ½ Jahr Zuchthaus, Hutmann 3 ½ Jahr Gefängnis, sechs weitere Angeklagte Gefängnisstrafen von 1 Monat bis 2 Jahren.

? Herinden a. d. Werra, 22. Juni. (Rätselhafte Massenerkrankung.) Vor etwa fünf Wochen fand in Widdershausen eine größere Bauernhochzeit statt; bis heute sind fast alle Gäste, die daran teilgenommen haben und das junge Paar erkrankt. Drei Mädchen sind bereits gestorben. Da die Aerzte die eigentliche Ursache der Erkrankung noch nicht festgestellt haben, so steht man vor einem Rätsel. Es sind die verschiedensten Gerüchte im Umlauf. Während die einen behaupten, es sei Typhus, erklären es andere für Trichinose und führen die Massenerkrankung (man spricht bis jetzt von 18 Personen) auf den Genuß von Schweinefleisch zurück.

§ Zeitz, 22. Juni. (Die Fettsendung aus Südslawien.) In der jüngsten Stadtverordnetensitzung erkundigte sich ein Stadtverordneter abermals wegen des Fettankaufes in Südslawien. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, daß die von der Stadt gekauften Fettvorräte immer noch nicht auf der Donau nach Deutschland schwimmen, sondern in der Nähe von Belgrad bei einem Spediteur lagern. Dort wurde das Fett von der Polizei beschlagnahmt, obwohl es als unser Eigentum anerkannt ist. Es scheint mit der Ausführgenehmigung irgend etwas nicht in Ordnung zu sein. Der Magistrat hat bereits die Vermittlung des Auswärtigen Amtes in Berlin angerufen. Vor Herbst ist auf den Eingang des zu Anfang d. J. bestellten Fettes kaum zu rechnen.

? Attenburg, 22. Juni. (Unterschlagung von Heeresgut.) Die hiesige Kriminalpolizei brachte in Erfahrung, daß in der Kräutrichsgasse ein Militärgeschirr mit verdächtigem Inhalt abgeladen worden sei. In dem Grundstück wohnte ein Kammerunteroffizier des hiesigen Landesjägerkorps. Bei einer Haussuchung fanden die Kriminalbeamten sieben große Säcke und eine Kiste voll Militärsachen. Zurzeit rückten die Landesjäger von hier ab. Diese Gelegenheit nutzte der unehrliche Kammerunteroffizier gründlich aus, denn in der Kaserne wurden noch für annähernd 20 000 Mark Militärkleider usw. vorgefunden, die auch von dem Unteroffizier verschoben werden sollten. Wahrscheinlich sind noch mehrere Militärpersonen daran beteiligt. Der Kammerunteroffizier wurde in Haft genommen.

# Vermischtes.

### Zur Explosion im Munitionsdepot Uhlerborn.

Mainz, 23. Juni. Das Uebergreifen der Explosion im Artillerie-Munitionsdepot Uhlerborn auf weitere Teile des Lagers wurde durch französische Soldaten verhindert. Hierbei wurde der Adjutant im 166. französischen Infanterie-Regiment getötet. Die Gefahr eines weiteren Umsichgreifens der Explosion ist beseitigt. Der Zugverkehr, der einige Stunden über andere Strecken umgeleitet werden mußte, wurde heute morgen wieder aufgenommen.

**Stiftung.** Berlin, 23. Juni. Aus Anlaß des 80. Geburtstages des Geheimen Kommerzienrats Eugen Gutmann haben Aufsichtsrat und Vorstand der Dresdner Bank, um den Namen des Gründers dauernd mit dem Institut zu verbinden, beschlossen, der demnächstigen Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem Vortrag von rund 3,7 Millionen Mark zwei Millionen zur Bildung eines Fonds — Eugen-Gutmann-Fonds — zwecks Gewährung von Unterstützungen in besonderen Fällen an Angestellte der Bank oder ihrer Angehörigen abzuzweigen.

**Die Feste Kufstein,** das alt-historische Wahrzeichen dieser Tiroler Grenzstadt, soll, wie aus Wien gemeldet wird, an ein Wiener Konsortium verkauft und niedergelegt werden. Der Gemeinderat von Kufstein hat den schärfsten Einspruch dagegen erhoben.

**Allzu gewalttätige Arbeiter.** Die Eisenbahnverwaltung in Köln hatte schon vor einiger Zeit die Sperrung gewisser Arbeiterzüge angedroht für den Fall, daß sich die Unbotmäßigkeiten der die Züge benutzenden Arbeiter gegenüber den Eisenbahnbeamten wiederholen sollten. In den letzten Tagen sind von den Kruppschen Arbeitern in Rheinhausen neue schwere Ausschreitungen gegen das Fahrpersonal verübt worden. Die Eisenbahndirektion in Köln hat infolgedessen die Drohung wahr gemacht und mehrere Arbeiterzüge im dieseitigen Gebiet vorläufig auf eine Woche gesperrt. Sie behält sich weitere Maßnahmen vor, falls sich neue Ausschreitungen ereignen sollten.

**Heiratsversprechen und Millionenschwindel.** In Berlin ist der Kaufmann Schilde durch einen schweren Diebstahl heimgesucht worden. Schilde war seit einigen Tagen verreist. Während dieser Zeit hatte ein Kaufmann Karl Herrmann sich seiner Wirtschafterin genähert, und ihr Vertrauen durch die Vorspiegelung gewonnen, daß er sie zu heiraten beabsichtigte. Während die Wirtschafterin krank im Bette lag, besuchte er sie in der Wohnung und benutzte die Gelegenheit, eine Kassette zu erbrechen und den Inhalt zu stehlen. Er erbeutete 10 Goldstücke und ausländische Papiere im Werte einer halben Million.

# Letzte Depeschen.

**Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".**

### Zur Regierungsbildung in Bayern.

**München, 23. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Die Bayerische Mittelpartei hat in ihrer heutigen Landesausschußsitzung einstimmig folgenden Entschluß gefaßt: Der Landesausschuß der Bayerischen Mittelpartei sieht die Richtung des Wahlergebnisses darin, daß das bayerische Volk eine Regierung erhält, in der die rechtsgerichtete Gruppe einen größeren Einfluß haben werde als bisher. Dieser Volkswille muß geachtet werden. Der Landesausschuß erwartet daher, daß der Bayerischen Mittelpartei, die stets zur positiven Mitarbeit zum Besten des Ganzen bereit ist, bei der Neubildung der Regierung eine Stellung eingeräumt wird, die ihrer politischen Bedeutung angemessen ist. Zugleich spricht sie bei der Besetzung der Ministerposten die Erwartung aus, daß nach Möglichkeit hervorragende, bewährte Fachleute herangezogen werden. Die Bayerische Mittelpartei wird mit dem Zentrum zusammenarbeiten.**

### Verbot des Steuerabzugs in Oberschlesien.

**Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, hat auf Anordnung der Interalliierten Kommission innerhalb des oberschlesischen Abstimmungsgebietes die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug von 10 Prozent vom Arbeitslohn vorläufig zu unterbleiben.**

### Rheinlandkommission und Steuerabzug.

**WTB. Koblenz, 23. Juni. (Drahtnachricht.) Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Das Reichseinkommensteuergesetz ist der Interalliierten Rheinlandkommission zur Prüfung vorgelegt und von ihr innerhalb der Prüfungsfrist nicht beanstandet worden. Die Verordnung über den zehnprozentigen Lohnabzug vom 25. Juni ab ist der Rheinlandkommission ebenfalls vorgelegt und am 17. Juni von ihr registriert worden. Eine Beanstandung ist bis jetzt nicht erfolgt. Die Prüfungsfrist läuft bis zum 27. Juni. Eine Beschleunigung der Entscheidung ist bei der Kommission beantragt worden.**

### Verbot des Steuerabzugs im Rheinland.

**Köln, 23. Juni. Die Interalliierte Kommission verbot den Steuerabzug vom Lohn im besetzten Gebiet.**

### Beilegung des Streiks zwischen Aerzten und Krankenkassen.

**Berlin,** 21. Juni. Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Kassenärzte mit den Krankenkassen stattgefunden haben, haben zu einer vollen Uebereinstimmung geführt. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergehen lassen, wann der vertragslose Zustand aufzuheben ist.

### Die Lage in Krefeld.

**N. Krefeld, 23. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) In der Oberstraße wurde gestern abend ein 20jähriger Arbeiter von einem belgischen Soldaten erschossen, weil er der Aufforderung des Postens, sich zu entfernen nicht gleich Folge geleistet hat. Die belgische Besatzungsbehörde hat auf Grund der Ausschreitungen angeordnet, daß die Straßen abends um 10 Uhr vom Publikum geräumt werden müssen. Ansammlungen und Straßenaufläufe sind streng verboten. Die Kaffeehäuser müssen um 9½ Uhr schließen. Von der Polizei sind 50 Personen, die sich an den Plünderungen beteiligten, festgenommen worden.**

### Der Prozeß gegen Hölz.

**Dresden, 23. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Der Prozeß gegen Hölz wird in einigen Tagen seinen Anfang nehmen. Die Anklage lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt. Bekanntlich hatte Hölz versucht, durch Werfen von Handgranaten sich die tschechischen Beamten vom Halse zu halten, die beim Ueberschreiten der Grenze seine Festnahme vornehmen wollten. Mit ihm wird sich sein Komplize Götze wegen des gleichen Delikts zu verantworten haben. Von den verhafteten Kommunisten sind bisher neun aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da die gegen sie erhobene Anklage auf Hochverrat keine Beweise zutage gefördert hat. Auch die übrigen verhafteten Kommunisten sind bereits freigelassen worden.**

### Direkter Dampferverkehr Hamburg—Westafrika.

**N. Essen, 23. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, hat die Verwaltung der Woermannlinie in Hamburg beschlossen, ab 1. Juli d. J. den direkten Dampfschiffverkehr von Hamburg über Rotterdam nach Westafrika wieder aufzunehmen und zwar sollen monatlich zwei Dampferfahrten stattfinden.**

### Die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen.

**Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die „B. Z." erfährt, wird sich Geheimer Rat Deutsch schon in den nächsten Tagen zu den am 28. Juni wieder beginnenden Wirtschaftsbesprechungen zwischen Vertretern der deutschen und französischen Industrie nach Paris begeben. Auch sollen Stinnes und Geheimer Rat Wiedfeld, falls letzterer nicht Reichswirtschaftsminister wird, an den Besprechungen teilnehmen.**

### Lloyd George über die Zusammenkunft in Boulogne.

**WTB. Amsterdam, 23. Juni. (Drahtnachricht.) Lloyd George sagte nach einer Londoner Meldung in einer Unterredung, die Zusammenkunft in Boulogne sei in mehr als einer Beziehung sonnig gewesen. Die Deutschen hätten anscheinend erwartet, daß die Meinungen geteilt seien. Sie würden aber finden, daß die Alliierten einig und geschlossen seien. Ueber die Entwaffnung Deutschlands habe die Konferenz auf Grund des Vorschlages Englands strenge Beschlüsse gefaßt. Die Ergebnisse der Besprechungen in Hythe und Boulogne seien sehr hoch anzuschlagen. Auf die Frage wegen des Betrages der deutschen Gesamtentschädigung lehnte Lloyd George eine Antwort ab. Die Alliierten warteten zunächst ab, welche Vorschläge Deutschland selbst in Spa machen werde, Lloyd George bemerkte weiter, er halte die Lage in der Türkei nicht für ernst.**

### Das Ergebnis der Konferenz in Spa.

**WTB. Paris,** 23. Juni. Agence Havas meldet aus Boulogne, das deutliche Ergebnis der Konferenz in Boulogne ist die vollkommene Uebereinstimmung der Alliierten in der Frage der Herabminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann. Die Stärke der Polizeitruppen darf nicht über die im Friedensvertrag vorgeschlagene Anzahl hinausgehen. Die Konferenz billigte den Vorschlag der französischen und englischen Sachverständigen für die Ausarbeitung der finanziellen Klauseln des Vertrages. Die Alliierten werden am 5. Juli in Spa die Vorschläge der deutschen Delegierten über die Art, in der Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen will, entgegennehmen. Die veröffentlichten Schätzungen der vorläufig geheim gehaltenen Summe, die die Alliierten festgestellt haben, schwanken zwischen 90 und 120 Milliarden Goldmark. Deutschland wird den Betrag in 27 Jahresraten zu zahlen haben, wovon die ersten fünf nicht unter drei Milliarden betragen sollen. Die anderen werden sich je nach der Wiederaufrichtung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland entsprechend erhöhen. Vollständige Uebereinstimmung ist über die Art der Maßnahmen erzielt worden, die getroffen werden sollen, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt; sie werden wirtschaftlicher und militärischer Natur sein.

### Die englischen Arbeiter und die Internationale.

**WTB. London,** 23. Juni. Reuter. Bei der gestern in Scarborough eröffneten Konferenz der englischen Arbeiterpartei, an der 1150 Delegierte teilnahmen, sagte Cammille Huymane in einer Rede, er werde in Genf beantragen, daß das internationale sozialistische Sekretariat nach London verlegt werde, weil der künftige Mittelpunkt der Internationale in einem mächtigen Land mit einer mächtigen Partei liegen müsse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200624019/fragment/page=0003

# Sport der „Saale-Zeitung".

## Amtliches aus dem Saalegau.

**Zu dem Städtespiel gegen Frankfurt, das am kommenden Sonntag in Frankfurt stattfindet, hat der Städteausschuß in seiner gestrigen Sitzung folgende Mannschaft aufgestellt:** Tannenberg (96); Elsner (96), Schuhmann (Wacker); Burghardt, Ehlicker (beide 96), F. Riemann (Wacker); Käste (96), Rackwitz (Wacker), Schenker (96), Brüntjesen (Wacker), Südbein (96).

Die Mannschaft trifft sich am Sonnabend mittag 1 Uhr am Saarbahnhof. Abfahrt 1,27 Uhr. Weiße Hosen, schwarze Strümpfe und Schuhe sind mitzubringen. Eventuelle Absagen sind bis spätestens am Freitag mittag an den Spielführer Artur Döbelein, Thomasiusstraße 44, zu richten.

**Gaumeisterschaften.** Der Athl.-Ausschuß des Saalegaues bittet uns mitzuteilen, daß außer den in der heutigen Nummer der „M. S. Z." (25) veröffentlichten Mitgliedern des Rennerichts noch folgende Herren bestimmt sind: Streuber, Steinthal (K. T. V.), Hille (Nelson), Stone, Kröner, Albrecht (96). Die Wettkämpfe finden auf dem Sportplatz am Zoo statt. Das Renngericht tritt pünktlich 8,30 Uhr vorm. im Klubhaus des V. f. L. Halle 96 zusammen. Die Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß Startnummern nur nach 9,30 vorm. nicht mehr ausgegeben werden. Sicherheitsnadeln sind mitzubringen.

**Wacker-Halle** spielte gestern abend gegen eine Auswahlmannschaft der Erstklassigen Halle unentschieden 2 : 2. Bei durchaus offenem Spiele erzielte Giersch nach einer Viertelstunde das erste Tor, was Rehn bis zur Pause wieder ausholte. Nach dem Wechseln drückten die Erstklassigen etwas und konnten auch durch eine Glanzleistung Rentsche das führende Tor erringen. Ein Elfmeter brachte diesmal Wacker den Ausgleich. Die besten Leute bei der Auswahlmannschaft waren Brunnert und Rentsch, bei Wacker Giersch und Donath.

**Schülersport.** Am Donnerstag, den 24. Juni, hat der Turnspielverein der Franckeschen Oberrealschule anläßlich seines 75jährigen Stiftungsfestes die 1. Mannschaft des Merseburger Turnvereins zu einem Wettspiel nach hier verpflichtet. Das Spiel findet auf dem Sportplatze am Zoo, Angerweg 24, pünktlich 4,45 Uhr statt. Beide Mannschaften spielen verstärkt. Der T. Sp. V. spielt in folgender Aufstellung: Bonjen; Schulze, Lucke; Och, Kurze, Müller; Mengebier, Deich, Zabel, Mytenowik, Schüler.

### Rennen zu Hamburg-Horn.

Hammer-Rennen (16 000 Mk., 1600 Meter): 1. Vergleich (Rastenberger), 2. Deficit (Schläfe), 3. Goldstrom (Grycze). Tot.: Sieg 18, Platz 13, 24 : 10. Ferner liefen: Chalcedon, Rosmarin.

Nickel-Rennen (20 000 Mk., 1800 Meter): 1. Herold (Rastenberger), 2. Liebhaber (D. Schmidt), 3. Falter (Bleuler). Tot.: Sieg 11 : 10. 3 liefen.

Großer Hamburger Ausgleich (40 000 Mk., 3200 Meter): 1. Kunstspruch (Duguenin), 2. Turban (Kühl), 3. Perficus (Kaiser). Tot.: Sieg 56, Platz 15, 14, 16 : 10. Ferner liefen: Anderlen, Harnagod, Palestro, Fürst Popoff, Cmittus, Flamingo, Chamisso, Revelin, Rübezahl, Parad, Indsing, Belladonna.

Graditzer Rennen (8000 Mk., 1000 Meter): 1. Humboldt (Oleinik), 2. Abendsturm (Hellenbrandt), 3. Smaragd (D. Dreisig). Tot.: Sieg 22, Platz 14, 25 : 10. Ferner liefen: Pussi, Wheeler, Landsmann, Parsimonia.

Elbe-Preis (30 000 Mk., 2200 Meter): 1. Glimmer (Zentsch), 2. Meinhardt (Rastenberger), 3. Oberfeldherr (O. Müller). Tot.: Sieg 12, Platz 10, 12, 15 : 10. Ferner liefen: Rondo, Milna, Gewerfe, Lauscherin.

Jferbrocker Ausgleich (16 000 Mk., 1400 Meter): 1. Flamme (Duguenin), 2. Palme (O. Schmidt), 3. Seebanjen (Rastenberger). Tot.: Sieg 37, Platz 15, 26, 15 : 10. Ferner liefen: Libelle, Menja, Czardasfürstin, Saxnot, Coco, Wulfhard, Götz von Berlichingen.

Alsbons Brödermann-Jagdrennen (20 000 Mk., 4000 Meter): 1. Lafette (Herr Freese), 2. Frei (Herr Glaser), 3. Honved (Herr v. Berchem). Tot.: Sieg 27, Platz 16, 20 : 10. Ferner liefen: Diamond Hill, Reihaus, Gerhild.

# Handel, Gewerbe und Verkehr.

## Der Stillstand auf dem Wollmarkt.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Wollgesellschaft m. b. H. — in welchem die Vertreter des Wollverwertungsverbandes deutscher Landwirtschaftskammern den überwiegenden Einfluß haben — hat in seiner Sitzung vom 9. Juni 1920 eine Hinausschiebung der für die Monate Juni und Juli in Berlin, Paderborn, Husum, Güstrow, Lübeck, Breslau und Halle a. S. angesetzten Wollversteigerungen beschlossen. Die neuen Versteigerungstermine sind für den Zeitraum von Mitte August an vorgesehen. Die Gründe, welche zu diesem Entschluß geführt haben, ergeben sich aus dem Umstand, daß es zurzeit keine breitere Absatzmöglichkeit für Wolle gibt. Der Preis für Wolle erreichte seinen Höhepunkt gegen Ende Februar. Man bezahlte damals für Merino-Schmutzwolle je nach Qualität und Waschergebnis zwischen 4 bis 6000 Mark je Zentner. Diese Preise standen im ungefähren Einvernehmen mit dem Weltmarktpreis für Wolle. Zu der gleichen Zeit konnte Ueberseewolle, entsprechend dem außerordentlichen Tiefstand der deutschen Valuta, nicht billiger gekauft werden. Schon im März machte sich mit Befestigung der deutschen Valuta ein entsprechender Rückgang der Preise geltend, der zunächst langsam aber stetig seinen Fortgang nahm. Gegen Ende April trat ziemlich unvermittelt nicht nur in Deutschland, sondern fast in der ganzen Welt eine außerordentliche Zurückhaltung des Publikums und ein überaus starkes Erlahmen der Kauflust in die Erscheinung. Die Läger der Grossisten und Detaillisten erfuhren keine Verminderung. Aufträge an die Industrie blieben infolgedessen völlig aus, und so erfolgte eine Stockung des gesamten Warenaustausches im Wollengewerbe, welche im großen und ganzen bis zum heutigen Tage angehalten hat. Dieser Geschäftsstillstand hatte naturgemäß unmittelbar eine weitere Senkung der Preise für Rohstoffe zur Folge.

Die Preise für Wolle in London wurden, nachdem sie in der April/Mai-Auktion um etwa 10 bis 15 Proz. gefallen waren, in der Juni-Auktion um weitere 25 Proz. herabgesetzt. Die hierdurch veranlaßte vollständige Unsicherheit bezüglich der Entwickelung der nächsten Monate trug dazu bei, daß Wollindustrie und Wollhandel zur größten Vorsicht und Zurückhaltung gezwungen wurden. Selbst die neuerdings aus dem Auslande kommenden günstiger gefärbten Marktberichte können über diese Lage der Dinge nicht hinwegtäuschen.

### Weitere Ausdehnung der Firma Gebrüder Stumm.

Nachdem die Gesellschaft erst vor kurzem die Mehrheit der Aktien der Gelsenkirchener Gußstahlwerke in Gelsenkirchen, die Köln-Lindenthaler Metallwerke, des Aplerbecker Aktien-Verein für Bergbau (Zeche Ver. Margarethe) und eines größeren Prozentsatzes von Aktien der Gußstahlwerke Witten erworben hat, ist sie in den letzten Tagen dazu übergegangen, ihren Einfluß auf Gesellschaften im industriellen Westen abermals zu erweitern. Zunächst wurde von ihr die Majorität der Aktien der mit 8 Millionen Mk. Aktienkapital arbeitenden Deutschen Last-Automobil-Fabrik in Aatingen bei Düsseldorf, die in der Hauptsache Lastkraftwagen herstellt, erworben, ferner sind in ihren Besitz fast sämtliche Aktien der Rheinisch-Westfälischen Bauindustrie A.-G. in Düsseldorf aus dem Konzern der Barmer Kreditbank Rheinische Handelsgesellschaft aufgekauft und neuerdings hat sie sich an der ein Hochofenwerk betreibenden Norddeutschen Hütte in Osslebshausen bei Bremen, die seinerzeit unter Mitbeteiligung des Norddeutschen Lloyds, der Tellus A.-G. in Frankfurt a. Main und der Firma Carl Später in Koblenz gebaut worden ist, beteiligt. Dadurch gewann sie zugleich maßgebenden Einfluß auf die Steinkohlenzeche Admiral in Hörde, deren Kuxenmehrheit sich wiederum im Besitze der Norddeutschen Hütte befindet. Die Firma Gebr. Stumm hat darüber hinaus die Absicht, sich noch an anderen Unternehmung des Bergbaues, der Hüttenindustrie und der Maschinenfabrikation zu beteiligen, die diesserhalb schwebenden Verhandlungen werden demnächst zu Ende geführt.

### Börsenbericht.

Berlin, 23. Juni. Die neuen Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung haben die Lustlosigkeit im freien Börsenverkehr noch verschärft. Die weitgehende Zurückhaltung ließ es nur zu vereinzelten Umsätzen kommen. Die Kurse setzten vorwiegend niedriger ein, setzten dann aber Widerstand gegen weitere Rückgänge. Zu anfänglichen Abschwächungen trug auch das neuerliche Nachgeben der Devisenkurse bei. Erheblich gedrückt waren einige Farbwerte, so verloren Badische Anilin 15, Höchster Farbwerte 10 Prozent. Im Gegensatz zur sonstigen Mattigkeit stand die Aufwärtsbewegung der Petroleumwerte, für die sich wiederum rege Kauflust zeigte. Im Vordergrund des Interesses standen deutsche Erdölaktien, die im freien Verkehr bei lebhaften Umsätzen um 35 Prozent gegen gestern höher einsetzten. Von Montanwerten zeichnete sich Mannesmann durch Besserung um 4 Prozent aus. Ueber den Anleihemarkt ist wiederum nichts Besonderes zu berichten.

### Devisenkurse.

Berlin, 23. Juni

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellten sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

| | Heute Geld | Heute Brief | Gestern Geld | Gestern Brief |
|---|---|---|---|---|
| Amsterdam-Rotterdam | 1278,70 | 1301,30 | 1313,70 | 1316,30 |
| Brüssel-Antwerpen | 319,70 | 320,30 | 306,70 | 307,30 |
| Christiania | 631,85 | 638,15 | 629,35 | 630,65 |
| Kopenhagen | 608,40 | 610,60 | 606,90 | 608,10 |
| Stockholm | 804,20 | 805,80 | 796,70 | 798,30 |
| Helsingfors | 172,30 | 172,70 | 172,30 | 172,70 |
| Italien | 229,75 | 230,25 | 224,00 | 224,50 |
| London | 145,60 | 145,90 | 144,85 | 145,25 |
| New York | 36,70 | 36,80 | 36,57½ | 36,67½ |
| Paris | 208,20 | 208,80 | 297,20 | 297,80 |
| Schweiz | 669,30 | 670,70 | 671,30 | 673,20 |
| Spanien | 609,20 | 610,60 | 614,40 | 615,60 |
| Wien (altes) | — | — | — | — |
| (Deutsch-Oest. abgest.) | 25,97 | 26,03 | 26,34½ | 26,40½ |
| Prag | 86,52½ | 86,72½ | 85,40 | 85,60 |
| Budapest | 22,23 | 22,28 | 21,97 | 22,03 |
| Bulgarien | — | — | — | — |
| Konstantinopel | — | — | — | — |

### Produktenbörse.

Berlin, 23. Juni. Am Produktenmarkt war die Nachfrage für sofort zu verladenden Hafer von für Berlin günstig liegenden Stationen lebhaft. Anscheinend ist der hiesige Bedarf völlig versorgt. Zum Teil stellten sich die Preise etwas über die gestrigen. Hülsenfrüchte konnten ihren Preisstand heute behaupten bei etwas vermehrtem Geschäft, namentlich in feiner Ware. Lupinen und Serradelle wurden kaum gehandelt. Die Preise für Heu blieben unverändert. Neue Ware auf Abladung stellte sich auf etwa 16 Mark für den Zentner. Stroh war still, da die hohen Frachten und Kosten die Verarbeitung zu Häcksel nicht zulassen. Wetter schön.

Berlin, 23. Juni. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestation 2280—2240, ab Pommern und Mecklenburg. Tendenz stetig.

W. **Der Aufsichtsrat der Continental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen** zu Nürnberg hat beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 3 Prozent (wie im Vorjahre) auf die Vorzugsaktien vorzuschlagen.

**Berliner Pfandbriefamt.** Die Gesamtsumme der in Umlauf befindlichen Berliner Pfandbriefe, einschließlich der der Sicherheitsmasse und der Pfandbriefkasse des Instituts gehörigen Stücke betrug Ende Mai 296,21 Mill. Mark gegen 285,38 Mill. Mark im Vorjahre. Im letzten Jahre sind 180 Grundstücke zur Neu- und Nachbeleihung angemeldet worden. Von den auf diese Meldungen hin genehmigten Beleihungen sind 16,34 Mill. Mark noch nicht abgehoben, wobei zu bemerken ist, daß das Pfandbriefamt sich ein Jahr lang an die Beleihungsbewilligung gebunden hält, während der Grundstückseigentümer zur Abnahme der Pfandbriefe nicht verpflichtet ist.

**Gebr. Stumm—Deutsche Lastautomobilfabrik.** Nach Meldungen verschiedener Blätter soll die Firma Gebr. Stumm in Neunkirchen durch Ankauf von Aktien maßgebenden Einfluß auf die Deutsche Lastautomobil-Akt.-Ges. in Ratingen gewonnen haben.

**Der Geschäftsbericht der Amme, Giesecke & Konegen Akt.-Ges. in Braunschweig** beklagt sich über die Aufhebung der Akkordarbeit, wodurch der Gesellschaft enormer Schaden zugefügt worden sei, der sich dadurch immer weiter fortsetzt, daß übernommene Aufträge in teuerere Ausführungsperioden hineinrücken. Trotzdem am Jahresschluß ein wesentlich größerer Auftragsbestand als zu Beginn des Jahres vorlag, läßt sich bei der inzwischen eingesetzten Geschäftskrise über das Resultat des laufenden Jahres kein Urteil fällen. Aus dem zur Verfügung stehenden Ueberschuß von 1 050 608 Mk. (i. V. 1 024 078 Mk.) gelangt wieder eine Dividende von 15 Proz. zur Verteilung.

**Consolidierte Alkaliwerke in Westeregeln.** In der Generalversammlung, in welcher 16 231 Aktien, darunter 8838 Stammaktien, vertreten waren, trat die seit einiger Zeit angekündigte Opposition nicht hervor. Der Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Mill. Mark 6proz. Vorzugsaktien mit 12fachem Stimmrecht wurde genehmigt, ebenso der Abschluß, insbesondere die Verteilung von 15 Proz. Dividende und 200 Mark Bonus pro Aktie. Die Verwaltung gab zu den von der Oppositionsgruppe in Aussicht gestellten Anträgen eine Erklärung ab, daß die von der Bankfirma Stenger, Hoffmann u. Co. für sich und eine Anzahl Stammaktionäre angeregte Erhöhung des Stammkapitals ernstlich beraten worden sei. Die Verwaltung sei sich aber einig gewesen, im Augenblick eine derartige Kapitaltransaktion nicht vorzunehmen mit Rücksicht auf die allgemeinen Zeitverhältnisse. Die Verwaltung wolle aber an die Aktionäre herantreten, wenn sie den Zeitpunkt für eine solche Transaktion für gekommen erachtet. Der Vertreter der Berliner Bankfirma Stenger, Hoffmann u. Co. begründete das Vorgehen seiner Firma damit, daß bisher nach deren Auffassung die Stammaktionäre an den Erträgnissen der Gesellschaft nicht genügend beteiligt gewesen seien. Die Firma erklärt sich aber jetzt von der Darlegung der Verwaltung befriedigt. Die neuen 6proz. Vorzugsaktien werden an die Mitglieder des Aufsichtsrates sowie an die der Gesellschaft nahestehenden Banken und Bankfirmen begeben; sie können frühestens nach 10 Jahren zu 110 Proz. zurückgezahlt werden, wenn es eine Generalversammlung mit ⅝ der in der Versammlung anwesenden Stimmen beschließt. Die Verwaltung teilte noch mit, daß sie die Ausgabe der Vorzugsaktien vornimmt, um den Einfluß ausländischen Kapitals fernzuhalten. Die Uebernehmer der Vorzugsaktien beabsichtigen, ihr Stimmrecht nur in solchen Fällen auszuüben, in denen dem Aufsichtsrat nachgewiesen wird, daß eine fremde Einflußnahme droht.

**Die Brauneisenstein-Vorkommen in Oberhessen** sollen jetzt ausgebeutet werden. Die Grubenfelder Glücksfund und Glücksrad, 6 Millionen Quadratmeter groß, werden in die Gewerkschaft Glücksfund Brauneisen-Bergwerk in Gießen eingebracht. Der Grubenbetrieb soll in der nächsten Zeit aufgenommen werden. Auch rheinisch-westfälische und Siegerländer Werke beabsichtigen den Abbau in ihren oberhessischen Grubenfeldern demnächst aufzunehmen.

**Aufkauf von Gerste und Hafer auf Bezugsschein.** Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erläßt eine Bekanntmachung, wonach der Aufkauf von Gerste und Hafer für die Ernte 1920 nach Maßgabe der vom Direktorium der Reichsgetreidestelle zu erlassenden näheren Bestimmungen auf Bezugsschein gestattet wird.

**Verband mitteldeutscher Holzstoffabriken.** Mit dem Sitz in Oder am Harz wurde der Verband mitteldeutscher Holzstoffabrikanten gegründet, dem eine Verkaufsstelle zum Vertrieb des von den Mitgliedern erzeugten Holzstoffes angegliedert ist, die am 1. Juli die Tätigkeit aufnimmt.

**Zur Preisgestaltung für technisches Porzellan.** Der Verband Deutscher Elektrotechnischer Porzellanfabriken in Berlin schreibt: „Seitens der Verbraucher und Abnehmer wird vielfach über die Höhe der Preise des elektrotechnischen und sonstigen technischen Porzellans geklagt. Die Industrie, welche selbst die Marktlage genau beobachtet, ist aber leider augenblicklich nicht imstande, an einen Abbau der Preise herzugehen, nachdem erst kürzlich wieder die Löhne und die Rohmaterialpreise eine Erhöhung erfahren haben."

**Hamburger Elbe-Schiffswerft A.-G.** Im Geschäftsjahre 1919 wurde nach Abzug der Unkosten ein Betriebsgewinn von 125 241 Mark erzielt. Die Abschreibungen erforderten 119 678 (i. V. 96 600) Mark und die Instandhaltungskosten 16 073 Mk., so daß sich ein Verlust von 10 510 Mk. ergibt (in dem ersten, acht Monate umfassenden Geschäftsjahre verblieb ein Verlust von 61 523 Mk., der auf neue Rechnung vorgetragen wurde). Für den Ausbau der Werft sind im Berichtsjahre 491 498 Mk. verausgabt und außerdem Anzahlungen für bereits ausgeführte Lieferungen und Leistungen im Betrage von insgesamt 977 000 Mark gemacht worden. Die Werft hat mit dem Bau von drei Dampfern und zwei stählernen Segeljachten begonnen, auch ist die Gesellschaft mit Reparaturarbeiten an Schiffen und Eisenbahnwaggons beschäftigt. Sollten sich die allgemeinen Verhältnisse nicht in günstiger Weise verschieben, so darf ein aufriedenstellendes Ergebnis erwartet werden. Infolge Eingangs weiterer Aufträge ist die Werft für längere Zeit mit Arbeiten versehen. An Stelle des aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herrn Herrmann wird der Generalversammlung die Wahl von Kommerzienrat Wittmann (Stuttgart) vorgeschlagen.

**Sinkende Ozeanfrachten.** Die Frachtraten in der Ozeanschiffahrt sind, wie aus Kopenhagen telegraphiert wird, weiter im Fallen begriffen und zeigen die Tendenz zu weiterem Niedergang. Wie die „Daily Mail" schreibt, sind viele Reeder, namentlich norwegischer Gesellschaften, ihre an englische Werften vergebenen Baukontrakte rückgängig zu machen.

# Berliner Börse

vom 23. Juni 1920

(Telegramm.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Deutsche Werte:** | | Chem. Griesheim | 291,00 |
| 4½ % Disch. Schatzsch VI—IX | 75,00 | Chem. Heyden | 310,00 |
| 5% Disch. Reichsanl. | 79,75 | Consolidation Schalk | 58,00 |
| 4% „ „ | 73,70 | Cröllwitzer Papierfbk | — |
| 3½% „ „ | 65,50 | Daimler Motoren | 209,50 |
| 3% „ „ | 63,80 | Deutsche Luxemburg | 265,00 |
| 4% Preuß. Konsols | 72,50 | Deutsche Erdöl | 950,00 |
| 3½% „ „ | 61,50 | Deutsche Gasglühl. | 560,00 |
| 3% „ „ | 57,70 | Deutsche Kali | 406,00 |
| 4% Charl. Stadtanl. 89/99 | 95,00 | Deutsche Waffen und Mun. | 340,00 |
| 4% Magdb. Stadtanl. 91/06 | 96,00 | Donnersmarckhütte | 333,00 |
| 4% Sächs. Neulandsch Pfdbf. | — | Döring & Lehrmann | 135,00 |
| 4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf | 100,30 | Dürrkoppwerk | 424,00 |
| 4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911 | 99,50 | Engelhardt-Brauerei | 242,00 |
| 4½% Dess. Gas Oblig. | — | Elberfelder Farben | 360,00 |
| 4% Dessauer Gas Obl. | 97,00 | Felten & Guilleaume | — |
| **Ausländ. Werte:** | | Gasmotoren Deutz | 177,00 |
| 4% Oesterr. Kronenrente | 27,00 | Gebhard & Co. | — |
| 4% Unger. Goldrente | 53,60 | Gebhard & König | 203,00 |
| 4% Unger. Kronenrente | 28,25 | Gelsenkirchen Berg. | 285,00 |
| **Eisenbahn-Aktien:** | | Gleuziger Zuckerfbk | 410,00 |
| Halberst.-Blankenh. | 77,00 | Hallesche Maschinbk. | 432,00 |
| Halle-Hettstedter | — | Hann. Masch. | 325,25 |
| Schantungbahn | 65,50 | Harpener Berg | 285,50 |
| Allg. Lokal-Str. | 104,64 | Hasper Eisen | 570,00 |
| Gr. Berl. Str. | 136,25 | Hirsch Kupfer | 243,00 |
| Magdeburger Str.-B. | 151,00 | Höchster Farbwerke | 323,00 |
| Prinz-Heinrich-B. | 464,00 | Hoesch Eisen u. Stahl | 302,50 |
| Orientbahn | 183,00 | Hohenlohe Werke | 188,50 |
| **Schiffahrts-Aktien:** | | Humboldt Masch. | 158,75 |
| Hambg. Paketfahrt | 182,00 | Ilse Bergbau | 321,00 |
| Hambg. Südamerika | 231,00 | Kahla Porzellan | 378,00 |
| Hansa-Dampfschiff. | 317,75 | Kaliw. Aschersleben | 362,00 |
| Nordd. Lloyd | 175,00 | Körbisd. Zucker-Akt. | 386,00 |
| **Bank-Aktien:** | | Kyffhäuserhütte | 179,50 |
| Bank f. Thür. | 153,50 | Lahmeyer & Co. | 166,25 |
| Berl. Handelsges. | 210,00 | Lauchhammer | 299,00 |
| Commerz-Diskontobank | — | Laurahütte | 194,25 |
| Darmstädter Bank | — | Linke & Hofmann | 315,00 |
| Deutsche Landesbank | — | Ludwig Loewe & Co. | 262,00 |
| Deutsche Bank | — | Lothringer Hütte | 210,00 |
| Diskonto-Comm. | 207,00 | Mannesmannröhren | 332,00 |
| Dresdner Bank | 176,25 | Masch.-Fabr. Buckau | 235,25 |
| Leipzig. Credit-Anst. | 162,00 | Oberschl. Eisenb.-Bd. | 182,00 |
| Mitteld. Kreditbank | 142,50 | do. Caro Heg. | 240,50 |
| Mitteld. Privatbank | 169,00 | do. Rekswerke | 418,00 |
| Nationalbank | 145,50 | Orenstein & Koppel | 262,00 |
| Oesterr. Kredit | 96,00 | Phönix Berg | 392,00 |
| Reichsbank | 142,00 | Rhein. Metall-Vorz. | 267,75 |
| **Industrie-Aktien:** | | Rhein. Stahlwerke | 310,25 |
| Schultheiss-Brauerei | — | Riebeck. Montan | 275,50 |
| Akt. f. Anilin | 319,00 | Rombacher Hütten | 249,00 |
| Allgem. Elektr. Ges. | 264,00 | Rositzer Braunk. | — |
| Ammendorfer Papierfabrik | 541,00 | Rositzer Zucker | 198,75 |
| Anhalter Kohlenw. | — | Sangerhäuser Masch. | 389,00 |
| Anneberger Steingut | 362,00 | HugoSchneider A.-G. | 244,50 |
| Badische Anilin | 428,00 | Schuckert & Co. | 170,25 |
| Bergmann Elekt. Akt. | 201,00 | Siemens & Halske | 292,50 |
| Berl. Masch.-Bau | 220,00 | Stettiner Chem. | 238,00 |
| Bismarckhütte | 434,00 | Stettiner Vulkan | 211,00 |
| Bochumer Gußstahl | 250,25 | Stollberger Zinkh. | 243,50 |
| Chem.-Fabr. Buckau | 378,00 | Strals. Spielkarten | 335,00 |
| | | Thale-Eisenhütte | 367,00 |
| | | Triptis Porzellan | — |
| | | Türk. Tabakregie | 737,00 |
| | | Ver. Köln-Rottweiler | 251,75 |
| | | Ver. Glanzstoff | 905,00 |
| | | Wegelin & Hübner | — |
| | | Werschen-Weißenfelser Braunk. | — |
| | | Westeregeln Alkali | 615,50 |
| | | Wittener Gußstahl | 690,00 |
| | | Wrede Mälzerei | 141,00 |
| | | Zeitzer Masch. | — |
| | | Zellstoff Waldhof | 284,00 |
| | | Otavi-Minen | 700,00 |

Tendenz: schwach.

# Leipziger Börse.

Leipzig, den 23. Juni 1920.

| | |
|---|---|
| Hallesche Zucker-Raffinerie | 220,00 |
| Leipziger Melzfabrik, Schkeuditz | 123,00 |
| Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle | 152,00 |
| Mansfelder Gewerkschaft | 2610,00 |
| Portland, Zementfabrik Halle | 144,00 |
| Prehlitzer Braunkohlen | 1100,00 |
| Priorit. | 15,0,00 |
| | — |

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margolle; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200624019/fragment/page=0004